

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

zum/zur

A0104/13
der Fraktionen CDU/BfM und FDP

Bezeichnung

Langfristige Bekämpfung von Stechmücken

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister	19.11.2013
Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung und kommunale Beschäftigungspolitik	28.11.2013
Ausschuss für Umwelt und Energie	03.12.2013
Gesundheits- und Sozialausschuss	11.12.2013
Finanz- und Grundstücksausschuss	15.01.2014
Stadtrat	23.01.2014

Ich schlage vor, den Antrag abzulehnen.

Zunächst verweise ich auf die umfangreiche und immer noch aktuelle S0253/10 zum ähnlichen Antrag 0123/10 „Verbesserung der Stechmückenbekämpfung“, der seinerzeit auf Grund der Stellungnahme zurückgezogen worden ist.

Der Erfolg der Bekämpfung hängt entscheidend von der großflächigen und durchgängigen Erfassung aller Gewässer ab. Am Rhein werden viele Gewässer von Flugzeugen bzw. Hubschraubern aus mit den mikrobiologischen Mitteln (*Bacillus thuringensis israelensis*) besprüht. Ein kostentreibender Faktor stellen Klein- und temporäre Gewässer in der Nähe von Siedlungen dar, die mittels manueller Methoden entsprechend besprüht werden müssen. Die Siedlungsstrukturen von Rhein und Elbe unterscheiden sich erheblich. Auf Grund weitgehend natürlicher Gliederung in der Elbaue mit den noch zahlreichen kleineren und temporären Gewässern, die in Umfang und Lage in Abhängigkeit vom Wasserstand jährlich stark schwanken, sind im Frühjahr zur flächendeckenden Beimpfung aller Gewässer umfangreiche Erkundungen notwendig. Dabei weist die Elbaue im Bereich zwischen Dessau-Roßlau und Magdeburg eine größere Breite im Vergleich zum Rhein aus, zugleich aber eine geringere Einwohnerzahl auf.

D.h., dass der Aufwand einerseits deutlich höher ist, aber die Beitragszahler weniger sind. das lässt eine höhere Beitragslast als sicher erscheinen. Die Unterschiede in der Wirtschaftskraft je Einwohner setze ich als bekannt voraus. Die bereits in der S0253/10 als vergleichbare Kommune herangezogene Landeshauptstadt Wiesbaden, mit jährlichen Kosten von 75.000 €, dürfte hier nur eine sehr grobe Annahme darstellen.

Die Kommunale Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage e.V. (KABS) wird flächendeckend von den anliegenden Kommunen getragen. Bei der vorgeschlagenen Bekämpfungsmaßnahme handelt es sich um eine zusätzliche und freiwillige Ausgabe. In Anbetracht der finanziellen Situation vieler Kommunen in Sachsen-Anhalt dürfte sich die Initiierung eines Aktionsbündnisses entsprechend der KABS schon beginnend im Magdeburger Raum schwierig gestalten.

Holger Platz